

Haushaltsrede der SPD Fraktion
Haushalt 2007

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor uns liegt der Haushalt für dieses Jahr, für den sich die CDU soeben auf die Schultern geklopft und festgestellt hat, dass sie die vorgenommenen Sparziele erreicht und umgesetzt hat. Ich werde dazu in meiner Haushaltsrede an einzelnen Punkten noch Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren,
nach der sehr guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit in der Finanz- und Strategiekommission, in der Herr Niehues sehr freundlich die anderen Fraktionen zu einer Koalition der Vernunft eingeladen hat, nach der Arbeit in den Fachausschüssen und aufgrund des Entwurfes der Verwaltung, hatten wir uns als Rat Vorgaben gegeben, die sowohl bei den freiwilligen Leistungen als auch im Personalbereich enge Grenzen gesetzt haben.

Wir sind davon überzeugt, dass Sparen angesagt sein muss, um weiterhin selbstständig handlungsfähig unsere kommunale Selbstverwaltung zu erhalten.

Lassen Sie mich zu Beginn mit wenigen Worten einen Blick in Richtung Land werfen, und ich bewundere Herrn Wilp, wie er manches hier an der Basis vertritt in einem enormen Spagat, der eigentlich nicht leistbar ist bei den Vorgaben der Landespolitik.

Ich will damit die finanzielle Situation im Land nicht schönreden, auch dort muss gespart werden, das steht außer Zweifel, nur wenn ich sehe, wie man im Land beispielhaft im Bildungs- und Jugendbereich, und ich nenne den Lehrmittel- und den GTK-Bereich, trotz gegenteiliger Beteuerung im Wahlkampf, Millionenbeträge eingespart hat. Gleichzeitig werden aber durchaus nachvollziehbare Reformen angedacht und durch eine Verlagerung der Verantwortung definiert, mit „mehr Freiraum für die Kommunen“, um das Konnexitätsprinzip zu umgehen, ohne in der Entscheidungsfindung die Kommunen mitzunehmen, dann hat das einen leicht unseriösen Charme.

Und lassen Sie mich im GTK-Bereich nur 3 Punkte herausnehmen: Betreuung unter 3-Jähriger, Sprachprüfung und Familienzentren, alles durchaus in der Weiterentwicklung des Elementarbereichs der Kinder diskussionswürdige Modelle, die aber, egal, ob durch Kommunen, freie Träger oder Kirchen, ohne angemessene finanzielle Unterstützung kaum umgesetzt werden können.

Meine Damen und Herren,

ich möchte damit eingangs nur sagen, Konnexitätsprinzip heißt: „Wer bestellt bezahlt“. Und das wird zurzeit von der Landesregierung in keinsten Weise eingehalten. Nein, man versucht, bei den interfraktionellen Abstimmungen zwischen CDU und FDP nicht einmal die kommunalen Spitzenverbände in die Entscheidungsfindung miteinzubeziehen. Ich erlebe es immer wieder, und Herr Wilp war beim letzten Mal auch dabei, wie sich die CDU-Bürgermeister im Präsidium des NRW Städte- und Gemeindebundes einstimmig bei bestimmten Themen gegen ihre Landesregierung positionieren. Ihre Stimme wird, wie man in den letzten Tagen lesen konnte, in der CDU als Lobbyisten der Kommunen negiert.

Ich möchte ganz kurz drei Beschlüsse vortragen:

Das Präsidium lehnt die Herausnahme der 4/7-Grunderwerbssteuer aus dem Steuerverbund ab. Die angestrebte Zuweisungskürzung über die Herausnahme der Grunderwerbssteuer aus der Bemessensgrundlage ist für die kommunale Seite als dauerhafte Belastung in einer Größenordnung von 162 Mio. € allein im Jahr 2007 nicht zu verkraften und im Übrigen sachlich auch nicht zu rechtfertigen.

Und ein Zweites: Das Präsidium wendet sich entschieden gegen das Vorhaben der Landesregierung, den Beteiligungsanteil der Kommunen an den Lasten der Krankenhausfinanzierung zu verdoppeln mit der Folge einer nicht gerechtfertigten Verschiebung der Lasten von rund 110 Mio. € jährlich vom Land auf die Kommunen.

Und als Drittes schließlich: Das Präsidium lehnt die Fortführung der Absenkung der Sachkostenpauschale nach dem Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder sowie die Kürzung der Landesfinanzierung der Weiterbildung nach dem Weiterbildungsgesetz ab.

Auch wenn das Land danach großzügig nach außen gestellt hat, dass man leichte Verbesserungen im Nachhinein noch vornimmt. Leider ist es so, dass das Land, das haben wir schon im letzten Jahr mitbekommen, gravierende Kürzungen vornimmt, bestimmten Projekten einen anderen Namen gibt und das danach positiv auf Kosten der Kommunen nach außen verkauft.

Gefahr droht, wenn die Landesregierung einen Jahresschwerpunkt bildet. 2006 Jahr des Kindes, 2007 Jahr der Kommunen. Von dem Nacht- und Nebel-Gesetz des Herrn Laumann Verteilung der Unterkunftskosten bei Harz IV Mitte des letzten Jahres ganz zu schweigen.

Wenden wir uns dem Kreishaushalt zu, und ich will nicht ausschließlich auf den Verkauf der RWE-Aktien abzielen, die nicht dem Kreis gehörten, sondern deren Grundlagen die Kommunen für den Kreis finanziert haben in guten alten Zeiten, dann kann es nicht sein, dass wir über die Kreisumlage Aufgaben besonders im Kulturbereich mitfinanzieren, die eigentlich keine Aufgaben des Kreises sind. Ich will hier auch deutlich das Kloster

Gravenhorst nennen. Wir sind bei den Folgekosten, die ähnlich, wie auch bei uns, weit über eine halbe Millionen Euro ausmachen, mit 20 % dabei. Aber der Kreis gibt uns in Bentlage kaum einen Euro.

Das ist ein Beispiel.

Es gebe durchaus noch weitere Diskussionsgrundlagen mit dem Kreis. Wir haben in der Strategie und Finanzkommission im Einzelnen darüber gesprochen, auch über mögliche Kompensationen. Nur wenn man etwas zur Kreisleitstelle sagt, wie die Junge Union, dann muss man auch im Stoff stehen, und man kann nicht locker sagen, wir wollen das dem Kreis aufdrängen, sondern man muss die Geschichte kennen, muss auch wissen, was für Verträge unter welchen Bedingungen früher abgeschlossen worden sind.

Gespannt darf man sein, wie auf die Endsolidarisierung im Kreis, die uns bei Hartz-IV Mehrkosten in Millionenhöhe abverlangt, reagiert wird.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Diskussion über die Gewerbesteuer der Volksbank. Man kann doch nicht im Ernst von uns erwarten, dass wir die uns zustehende Gewerbesteuer aufteilen. Wir werden in den kommenden Jahren nicht mehr erhalten als bisher, weil der Investor die Abschreibung seiner Infrastruktur geltend macht. Darüberhinaus werden uns auch die Zinsen der Investitionskosten belasten, die wir für den Ankauf und die Umgestaltung der ehemaligen Volksbankräume aufbringen müssen

Meine Damen und Herren.

Die Landesregierung und der Kreis haben uns in der Vergangenheit nie derart schlechte Voraussetzungen für eine solide Haushaltsführung gegeben, wie in diesem Jahr.

Kommen wir nun zu unserem Haushaltsentwurf, der geprägt ist durch die Diskussion in der Strategie- und Finanzkommission, ohne dass dort Entscheidungen gefallen sind. Die Verwaltung hat die Diskussion allerdings aufgegriffen und von sich aus schon bestimmte Kürzungen in den Entwurf des Haushaltes einfließen lassen. Ich denke, die Idee einer Strategie- und Finanzkommission in der jetzigen Form, von unserer Bürgermeisterin initiiert, zunächst unter Moderation der Gemeindeprüfungsanstalt war gut und hilfreich und hat uns aufgezeigt, wo wir aus der Vergangenheit heraus für die Zukunft Sparpotenziale haben, auch wenn es teilweise, durch Gewöhnen an einen hohen Standard, schmerzliche Einschnitte sind.

Leider hat die CDU in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung viele der gemeinsam getragenen Vorgaben negiert. Über eine Koalition der Vernunft wurde zu Beginn der Strategie- und Finanzkommission gesprochen, das Wort von Herrn Niehues geprägt, leider nur als Worthölse.

Ich komme im Einzelnen darauf zurück.

Ich beginne mit dem Stellenplan und damit mit den Personalkosten, die nach intensiver Diskussion mit der Verwaltung auf 33,8 Mio. € gedeckelt worden sind unter der Anmerkung, dass damit auch die Politik Verständnis dafür haben muss, dass in der Umsetzung von Forderungen die Qualität und Zeitschiene ggf. leiden. Das ist gewollt, um zu sparen.

Herr Niehues hat in einer Presseveröffentlichung vom 22.06.06 wörtlich gesagt: "Wir müssen unsere Ansprüche an die Leistungskraft der Verwaltung reduzieren. Weniger Personal bedeutet auch Verzicht auf Qualität und Ansprüche in allen Bereichen von Kultur, Sport, Jugend, Soziales. Rücknahme von Teilprodukten und Standards im Baubereich und allen anderen Bereichen auch"

Daher ist es nicht nachvollziehbar, dass in der Öffentlichkeit populistisch die Verwaltung an den Pranger gestellt wird und Termine vorgegeben werden, die nicht einzuhalten sind.

Auch von unserer Seite nicht nachvollziehbar sind die von der CDU geforderten externen Ausschreibungen, die ganz selbstverständlich zusätzliche Budgetbelastungen darstellen.

Ich darf an ein Beispiel aus der Vergangenheit erinnern, wie der vorherige Bürgermeister zusammen mit seiner Fraktion die Hauptsatzung umgangen hat, indem er einen Produktverantwortlichen für Marketing einstellte, ihn nach BAT I einstufte, wenn man so will, nach A 16. Wir sind gespannt, wie die Mehrheitsfraktion externe Stellenausschreibungen bezahlen, ggf. auch besetzen wird.

Die SPD-Fraktion hat in den Fachbereichen die Diskussion offen geführt und kleine Verschiebungen durchaus mitgetragen. Allerdings gibt es aus unserer Sicht im Fachbereich 1 Ausreißer der CDU, die wir in dieser Form nicht mittragen können. Es geht da insbesondere um die Verlagerung der Stadtbibliothek vom Sträterschen Haus in die Volksbank und um den Umzug des Stadtarchivs ebenfalls in das 2. Obergeschoss der Volksbank.

Wir haben wieder einmal erfahren müssen, dass das Land die Mittel, die in der Vergangenheit selbstverständlich waren, uns nicht mehr zur Verfügung stellt, sodass für die Einrichtungskosten der Bücherei 190.000,00 € fehlen. Wir haben sehr deutlich immer wieder nach außen gestellt, auch als Grundsatz, dass wir als Stadt fehlende Landesmittel nicht auffangen können.

Das ist für die CDU Schnee von gestern, sie stellt für die Einrichtung 100.000,00 € zusätzlich zur Verfügung, um den Fehlbedarf der Einrichtungskosten für die Bücherei, die bei über 900.000,00 € im Plan liegen, zu decken.

Meine Damen und Herren,
wenn dort vorgesehen ist, dass für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weil die Räumlichkeiten so klein sind, maßgeschneiderte Einrichtungen angefertigt werden sollen und wenn gleichzeitig im 2. Obergeschoss Räu-

me zurzeit nicht belegt werden können, dann ist es in so einer Situation für uns eine Selbstverständlichkeit, dass zunächst die alten Büromöbel mitgenommen und, wenn sie in die kleinen Räume nicht hineinpassen, zusätzliche Räume zur Verfügung gestellt werden.

Sie müssen wissen, dass wir beispielhaft dem Sport in Zukunft im Verhältnis zu den anderen freiwilligen Leistungen viel Geld abziehen wollen, und hier werden locker einmal der Kultur 100.000,00 € zusätzlich zugebilligt.

Wir sind, damit Sie es nicht falsch verstehen, für die Bibliothek und den Umzug, aber nur in dem Rahmen, wie wir uns das in der Verhältnismäßigkeit zum Gesamthaushalt leisten können.

Das Zweite ist der Umzug des Stadtarchivs. Nur um Räume im 2. Obergeschoss der ehemaligen Volksbank zu füllen, soll für ein Null-Summen-Spiel das Archiv verlegt werden. Die Kosten des Umzugs und der Einrichtung werden in etwa das ausmachen, was letztendlich für die Infrastruktur Kannegießerhaus als Einnahme zu erzielen ist, wenn wir es verkaufen.

Wir haben zu Beginn die Überprüfung mitgetragen, um zu sehen, ob ein Verkauf lukrativ ist und wir durch den Verkauf des Kannegießerhauses zusätzlich Einnahmen erwirtschaften können. Da das nicht der Fall ist und wir schon mit dem Freiziehen des Sträterschen Hauses ein Stück städtische Atmosphäre aufgeben, werden wir diesen Schildbürgerstreich nicht mitmachen. Wir sind der Überzeugung, dass es Alternativen der Belegung gibt. Wir denken an die Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft, das Rechnungsprüfungsamt und Fraktionsräume genauso, wie ggf. die Rückverlegung der Hartz-IV-Komponente der Sozialverwaltung.

Meine Damen und Herren,
die nächsten Kosten, die uns in Zukunft zusätzlich belasten, sind die Personalkosten der Bibliothek von 53.000,00 € in den Folgejahren auf 71.000,00 €, die, wenn man so will, in der Deckelung 33,8 Mio. bisher nicht berücksichtigt waren.

Das scheint für die Mehrheitsfraktion locker kein Problem zu sein. Und wir haben vorhin vernehmen können, dass man trotzdem im Rahmen der sich auferlegten Vorgaben bleibt, weil man die Veräußerung der Gebäude, ehemalige Volkshochschule, Jugendherberge und Strätersches Haus, als Einnahme 2007 verwirklichen will. Dabei wird der Druck so aufgebaut, dass man sagen kann, egal, was man erzielt, Hauptsache es wird verkauft. Zusätzlich wird die Haushaltsstelle Verkauf von Gewerbeflächen um 200000 Euro erhöht.

Das, meine Damen und Herren der CDU, ist unseriös, kostet ggf. der Stadt echtes Geld, weil man den realistischen Preis aufgrund des Zeitdrucks nicht erzielen wird.

Das ist für uns Haushaltskosmetik, um sagen zu können: Es wird keine Nettoneuverschuldung geben.

Es gibt aber auch Erfreuliches aus der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung, als wir zu unserem Antrag, Investitionskosten für die Turnhalle der Euregio Gesamtschule einzustellen, eine durchaus fruchtbare Diskussion geführt haben. Alle Fraktionen haben sich ohne Wenn und Aber, das wird im Protokoll nachzulesen sein, für die Errichtung einer Turnhalle ausgesprochen.

Mit Recht hat man gefordert, dass zunächst eine Planung stehen muss, um die Kosten bereitzustellen. Ich denke und ich gehe davon aus, dass die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss der Auftrag an die Verwaltung war, diese Planungskosten in diesem Jahr so umzusetzen, dass wir Ende des Jahres über konkrete Zahlen und einen konkreten Vorschlag diskutieren können.

Darüberhinaus freut es uns auch, dass die CDU in Emsdetten und Greven die Schulform „Gesamtschule“ in ihre Stadt holen wollen und Herr Wilp sie öffentlich als Imageträger herausstellt.

Lassen Sie mich noch einige Projekte benennen, die wir ohne Wenn und Aber mittragen, weil sie für die Weiterentwicklung unserer Stadt von großer Bedeutung sind. Das ist die Entwicklung des Geländes Rheine R, die Bahnseitenflächen an der Lindenstraße und es ist die Gartenstadt Gellendorf. Hier werden wir zeitnah Beschlüsse fassen müssen in der Hoffnung, dass die Partner, die wir dazu benötigen, ich meine die BImA und das Land, uns Vorgaben geben, die eine Kommune auch schultern kann. Das sind für uns ganz wesentliche Projekte.

Abschließend ein Wort zu den Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen, die die Vereine, Verbände, Institutionen und Kirchengemeinden treffen und die wir politisch verantworten müssen.

Und damit verbunden ein Appell an uns als Rat. Jugend und Bildung haben sicher eine gewisse Priorität und damit gilt das auch für die Jugendarbeit im Sport. Hier müssen wir aufpassen, dass wir kein Ungleichgewicht dadurch herstellen, dass wir Bereiche überproportional treffen. Noch ist uns eine gerechte Unterstützung über alle Politikfelder hinweg nicht gelungen.

Eine weitere Aufgabe sehen wir in der Evaluation unserer Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Kompetenz, Erfolg und Wirtschaftlichkeit müssen auf den Prüfstand.

Zusammenfassend stelle ich für die SPDfraktion fest:

Es gibt im Entwurf viele fraktionsübergreifende Gemeinsamkeiten, doch die aufgezeigten Ausreißer der CDU können wir nicht mittragen. Daher lehnen wir den Haushalt ab.

Dank geht an die Bürgermeisterin für die gesamte Verwaltung, Herrn Lütkemeyer und seinem Team, die alles ermöglicht haben, alle Wünsche und Veränderungen unmittelbar einzuarbeiten. Ihnen gilt unsere Anerkennung.